

Wirtschaft

«Der Handel hat höheren Zielen zu dienen»

Wirtschaftssystem Der österreichische Publizist Christian Felber kritisiert das heutige Handelssystem und fordert, die EU solle nur mit Staaten Handel treiben, die sich einem Gerichtshof für Menschenrechte unterstellen. Morgen tritt er in Biel auf.

Interview: Tobias Graden

Christian Felber, eigentlich müssten Sie froh sein über Donald Trump.
Christian Felber: Das bin ich natürlich nicht. Ich stelle den Freihandel zwar auch infrage, aber aus ganz anderen Motiven. Er hat nationalistische Motive, mein Vorschlag für ein ethisches Welt-handelssystem hat eine globale und ko-operative Perspektive. Allerdings ist es absolut verständlich, dass ein Land mit einem extremen Leistungsbilanzdefizit sich zum Ziel setzt, dieses auszugleichen.

Sie kritisieren den Freihandel nach WTO-Regeln. Warum?

Weil er aus einem Mittel einen Zweck macht. Doch das ist der Handel nicht. Er hat höheren Zielen und Werten zu dienen – etwa den Menschenrechten, dem sozialen Zusammenhalt, dem Schutz der Umwelt oder der kulturellen Vielfalt. Wenn er diese Ziele befördert, dann ist er höchst willkommen und soll gefördert werden. Doch wenn er sie gefährdet, muss man ihn einschränken.

Sie kritisieren beispielsweise, dass ein Drittel des Welthandels Intra-Konzernhandel sei. Ist dies nicht nur ein Indiz für die internationale Arbeitsteilung, sondern auch ein Zeichen dafür, dass heutzutage die Wertschöpfungsketten global sind?

Es ist vor allem ein Indiz dafür, dass eben nicht mehr Länder Handel treiben, sondern international agierende Konzerne. Denn neben dem Drittel Intra-Konzernhandel gibt es ein Drittel Inter-Konzernhandel, und das führt dazu, dass das Prinzip der komparativen Kostenvorteile, wie es Ricardo vorgeschlagen hat, gar nicht stattfinden kann. Der jüngste Bericht der Handelskonferenz der Vereinten Nationen hat gezeigt: Der Anteil der Wertschöpfung am Handel hat in den meisten armen Ländern abgenommen, während sich der Gewinnanteil der internationalen Konzerne spiegelbildlich erhöht hat. Das gegenwärtige Handelssystem verstärkt die bereits beunruhigenden Ungleichheiten.

Die Kritik am Intra-Konzernhandel scheint theoretisch, wenn Wertschöpfungsketten global angelegt sind.

Der Intra-Konzernhandel ist nicht an sich zwingend schlecht. Doch er ist ein Hinweis darauf, dass sich immer grössere Anteile der Weltwirtschaft innerhalb von riesigen, zentral gesteuerten Organisationen abspielen – und das ist eine immer grössere Machtkonzentration in der Weltwirtschaft. Es sollten also erstens Vorkehrungen getroffen werden, dass Konzerne gar nicht so gross werden können. Dazu braucht es eine globale Fusionskontrolle. Zweitens müssten die Konzerne, die einen immer grösseren Anteil des Welthandels stellen, verpflichtet werden, eine Gemeinwohlbilanz zu erstellen. Je nach deren Ergebnis dürften sie dann freier oder weniger frei handeln.

Justiert würde dies nach Ihnen mit Zöllen als Steuerungsinstrument. Dies würde allerdings die Güter verteuern.

Nicht zwingend. Im sogenannten Freihandel sind Unternehmen frei von sozialer und ökologischer Verantwortung. Sie können so ihre Produkte zwar günstig für die Endverbraucher anbieten, gleichzeitig verursachen sie aber eine Reihe von sozialen und ökologischen Schäden, die von den Steuerzahlern, den künftigen Generationen oder von uns allen in Form von schlechteren Lebensbedingungen bezahlt werden müssen. So gesehen sind die Produkte gar nicht günstig, sie wirken nur so. Ein Korrektiv in Form von Klima- und Ethikzöllen würde die externen Kosten internalisieren. Dies würde zur Präferenz jener Handelspartner führen, die es unterlassen, solche Schäden anzurichten. In einer systemischen Gesamtbetrachtung kommt uns dies weit aus billiger als blinder Freihandel.



Christian Felber: «Jedes Land soll so frei sein, wie es will.»

ZVG/FRIEDLUNDPARTNER.AT

Sie weisen darauf hin, dass ein Freihandelssystem auf längere Sicht nur dann fair ist, wenn sich Aussenhandelsbilanzen auf Dauer ausgleichen. Deutschland ist aber ganz stolz darauf, «Exportweltmeister» zu sein.

Das ist eine ethische Haltung, die ich ablehne. Wir sind in einer Weltwirtschaft alle voneinander abhängig. Wenn wir uns auf Kosten anderer bereichern, wirkt sich das morgen auf uns zurück – indem andere Massnahmen ergreifen, die dann uns schaden. Genau das passiert jetzt mit den USA: Die Verlierer einer solchen egoistischen Haltung greifen zu Gegenmassnahmen. Deshalb hat John Maynard Keynes 1944 vorgeschlagen, Ausgleichsmechanismen einzurichten. Dieser Vorschlag wurde von Grossbritannien in Bretton Woods eingebracht, aber von den USA abgelehnt. Ironischerweise wären die USA heute der grösste Profiteur davon. Keynes hat gesagt: Handelsungleichgewichte führen garantiert zu Handelskriegen, aber es ist nicht garantiert, dass es bei den Handelskriegen bleibt. Oberstes Ziel ist also die Beibehaltung des politischen Friedens.

Das Interessante am Beispiel der USA heute ist doch, dass nicht nur die Gegenmassnahmen Schaden anrichten, sondern auch die eigenen Zollmassnahmen selbst – indem die Produktion in den USA verteuert wird, weil beispielsweise die Stahlpreise gestiegen sind.

Spontane, emotionale Ad-hoc-Massnahmen richten immer überall Schaden an, das verwundert überhaupt nicht. Ich schlage nicht solche spontane Massnahmen vor, sondern ein kooperatives, globales System, von dem alle profitieren und das auf dem Stand der Zeit ist mit Massnahmen wie einer verpflichtenden Gemeinwohlbilanz, einer globalen Fusionskontrolle und der Initiierung einer ethischen Welthandelszone.

Was zeichnet diese aus?

Darin handeln Staaten freier, die sich verbindlich an die Menschenrechte und den Klimaschutz halten. Sie dürfen sich gegen die Nicht-Kooperierer mit ethischen Schutzzöllen schützen. Dies ist eine Erkenntnis aus der Spieltheorie: Die Fairplayer müssen sich vor den Foulplayern schützen.

Sie kritisieren, dass das gegenwärtige Freihandelssystem dafür Sorge, dass der Süden unterentwickelt und in Abhängigkeit des Nordens bleibe. Was sa-

gen Sie zum Vorschlag, dass ein tatsächlicher Freihandel mit Abbau von Zollschränken insbesondere in der Landwirtschaft Abhilfe schaffen würde?

Es gibt kein einziges Beispiel eines Industrielandes, das mit Freihandel wohlhabend geworden wäre – alle wären «protektionistisch». Die armen Länder sollen also das gleiche Recht haben, sich zu schützen, wie dies die reichen Länder taten, als sie auf dem Stand waren wie die armen Länder heute. Ich würde sogar so weit gehen zu sagen: Jedes Land darf so offen oder so geschützt sein, wie es will. Es gibt genügend Beispiele dafür, dass der Abbau von Zollschränken Industrien vernichtet hat, in Indien, in Afrika, in Lateinamerika. Es gibt heute subventionierte Agrarexporte aus der EU in die afrikanischen Staaten, vom Geflügelfleisch über Tomaten bis zu Milchprodukten. Das bewirkt, dass die Söhne und Töchter der heutigen afrikanischen Bauern und Bäuerinnen zu Migranten werden.

Wenn jedes Land selber entscheidet, wie offen es sein will, bedeutet dies, dass auch die EU ihre Landwirtschaft weiterhin schützen darf. Das mindert die Chancen gerade für die Länder des Südens, die in diesem Bereich auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig wären.

Grundsätzlich soll jedes Land so frei sein, wie es will. Niemand soll gezwungen werden, etwas zu importieren. Denn der Handel soll nicht verdrängen und vernichten, auch wenn dadurch Tomaten billiger würden. Schliesslich gehen

Strukturen kaputt, es gehen Arbeitsplätze verloren. Das gilt auch für Europa. Gerade in der Landwirtschaft ist der Schutz am sinnvollsten: Wer selber Produkte herstellen kann, soll diese Möglichkeit haben, unter der Bedingung einer ausgeglichenen Handelsbilanz.

Sie plädieren beispielsweise dafür, dass mit Zöllen bestraft wird, wer nicht die gleich hohen Standards etwa im Arbeitsrecht einhält. Faktisch läuft dies wiederum auf einen Schutz des Nordens gegenüber dem Süden hinaus – wir sagen: Wir sind punkto Arbeitszeit halt schon weiterentwickelt, nun schaut mal, wo Ihr bleibt.

Zölle sind – gleich wie Steuern oder Leitzinsen – keine «Strafe», sondern es sind Schutz- oder Steuerungsinstrumente. Ich bin seit 20 Jahren in gutem Kontakt mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aus dem Süden. Von ihnen höre ich dieses Argument nie: «Bitte beutet uns weiter aus, das ist unsere einzige Chance!» Solcher Zynismus kommt immer nur von den Regierungen, die die transnationalen Konzerne schützen, die von der Abwesenheit solcher basalen Pflichten profitieren.

Ähnliches gilt für Subventionen – Sie schreiben beispielsweise, EU-Subventionen für das Flugzeugkonsortium Airbus seien «argumentierbare Politikentscheidungen». Faktisch sind Subventionen aber wettbewerbsverzerrender Protektionismus.

Gemeinwohl statt pures Gewinnstreben

Christian Felber studierte Spanisch, Psychologie, Soziologie und Politikwissenschaften, tritt jedoch seit mehreren Jahren in erster Linie als Publizist zu ökonomischen Themen in Erscheinung. Sein Hauptthema ist die «Gemeinwohlökonomie»: Ökonomisches Handeln habe sich nicht nur an privatem Gewinnstreben zu orientieren und sei nicht nur daran zu messen, sondern habe eben einem umfassenden Verständnis von Gemeinwohl zu dienen. Sein letztes Buch «Ethischer Welt-handel» datiert von 2017. Ausgehend von einer umfassenden (auch theoriebezogenen) Kritik am heutigen Freihandelssystem fordert er neue Ansätze im Sinne der Gemeinwohlökonomie. Felber hat die «Gemeinwohl-Bilanz» entwickelt, ein Bewertungssystem, das auch ökologische,

soziale und weitere Aspekte beinhaltet und darum deutlich umfassender ist als herkömmliche Handelsbilanzen, die rein ökonomische Kriterien berücksichtigen. Weiter ist Felber Gründungsmitglied von Attac Österreich. Morgen Abend tritt Felber in der Stadtbibliothek Biel auf. Seinem Referat folgt eine Diskussion mit Marie-Claire Pellerin (CEO Claro Fair Trade AG), Hans Stöckli (SP-Ständerat) und Stéphane Bloch (Verwaltungsrat Chocolats Camille Bloch SA und CEO Ethiq Bloch). *tg*

Info: Christian Felber: «Ethischer Welt-handel. Alternativen zu TTIP, WTO & Co.» (Deuticke 2017). Anlass in der Stadtbibliothek Biel morgen Abend, 19.30 Uhr. Weitere Informationen unter www.christian-felber.at

Auch die Förderung von Biobauern, erneuerbaren Energien, Sozialbetrieben, die Unterhaltung eines öffentlichen Gesundheitssystems, der strategische Aufbau eines europäischen Facebooks – all dies wären Wettbewerbsverzerrungen. Aber die Frage ist, ob ein Anrecht auf freien internationalen Wettbewerb existiert oder ob es höhere Politikziele gibt. Es ist eine unappetitliche Wertverkehrung der Freihandelsökonomien, Wettbewerb und Handel über Grundwerte und Gemeinschaftsgüter zu stellen.

Was sagen Sie denn zu einem Akteur wie China, der in Afrika komplett ohne Skrupel von eigenen wirtschaftlichen Interessen geleitet agiert?

China ist ein sehr schönes Beispiel: Es hat keinen Freihandel praktiziert, bricht zahlreiche Regeln der Welthandelsorganisation WTO und ist dennoch das Land mit der höchsten Wachstumsrate. Wichtiger aber ist: Die Behauptung der Freihändler, dass Freihandel automatisch Demokratie und Menschenrechte mit sich brächten, wird von China falsifiziert. Darum fordere ich: Handel muss mit der Einhaltung der Menschenrechte verknüpft werden. Das würde bedeuten, dass die Europäische Union nicht den Freihandel mit China sucht, sondern diesen an die Erfüllung der Menschenrechte und der Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze knüpft. Das gilt nicht nur Richtung China, sondern gleichermaßen für die USA. Es ist einer meiner Kernvorschläge, dass die EU nur mit Staaten handelt, die sich auch einem zu schaffenden Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte unterwerfen. China und die USA würden in einer solchen Handelszone vorerst vielleicht nicht mitmachen, doch ich bin überzeugt, dass sich rasch 100 oder gar 150 Staaten finden liessen, die dies tun würden.

Noch ist die Wirtschaft von Erdöl abhängig. Wie stellen Sie in einem solchen System die Versorgung sicher?

Ein Kauf von den Golfstaaten, dem Iran oder Venezuela käme nicht in Frage. Fossile Energien könnten teurer werden. Doch wir müssen ohnehin so schnell wie möglich die Abkehr von fossilen Energieträgern vorantreiben. Es ist nur konsequent, dass sich auch die Wirtschaftspolitik und damit die Handelsordnung an einer möglichst lokalen Energieversorgung ausrichtet.

Sie propagieren damit die Universalisierung der europäischen Werte. Finden Sie das nicht problematisch?

Das wäre dann problematisch, wenn in anderen Kulturen die Ablehnung der Menschenrechte und der Menschenwürde die Leitwerte wären. Es gibt zwar einzelne Regierungen, die ihre eigene Bevölkerung drangsalieren. Doch der Schutz der Würde und des Lebens gilt in allen Kulturen. Es ist darum legitim, dass die Europäische Union diese universalen Werte fördert und ihre Verletzung sanktioniert.

Und wie soll ein solches System etabliert werden? Es sind so viele und grosse Interessen betroffen, dass dies utopisch erscheint, zumal wir uns weg vom Multilateralismus bewegen, hin zu einer Welt, in der das Recht des Stärkeren gilt.

Historisch kann sich schneller etwas ändern, als wir alle vermuten. Und: Die Stärkeren haben immer und überall versucht, ihre Interessen durchzusetzen. Gerade deshalb müssen die Handelsregeln an demokratische Grundwerte geknüpft werden. Wir bewegen uns gegenwärtig ja gerade deshalb vom Multilateralismus weg, weil dieser versagt hat und nicht alle gleich begünstigt. Das eröffnet die Chance für einen neuen, überzeugenderen, demokratischen und nachhaltigen Multilateralismus.

Eine umfassendere Version des Interviews finden Sie unter www.bielertagblatt.ch/felber